

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Fabian Fahl, Luigi Pantisano, Marcel Bauer, Lorenz Gösta Beutin, Violetta Bock, Jorrit Bosch, Katalin Gennburg, Mareike Hermeier, Ina Latendorf, Caren Lay, Sahra Mirow, David Schliesing, Sascha Wagner und der Fraktion Die Linke

### Klimawandel – Ernährungssicherheit und pflanzenbasierte Ernährungsweisen

Die Ernährungssicherheit in Deutschland ist mittel- und langfristig durch den Klimawandel und unter anderem durch Preissteigerungen in Folge hoher Energie- und Düngemittelpreise bedroht. Diese gefährden besonders ärmere Menschen (<https://klimareporter.de/erdsystem/ernaehrungswende-by-design-oder-by-disaster>, [www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/klimawandel-bedroht-preisstabilitaet-hoehere-durchschnittstemperaturen-erhoehen-die-inflation](http://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/klimawandel-bedroht-preisstabilitaet-hoehere-durchschnittstemperaturen-erhoehen-die-inflation)). Bereits jetzt ist das Menschenrecht auf angemessene Ernährung in Deutschland nicht vollständig verwirklicht. Transferleistungen für Ernährung beispielsweise sind aktuell nicht ausreichend für Jugendliche ([https://riff.media/file/rechtsgutachten-ernaehrungsarmut-ra\\_guenther-linke.pdf](https://riff.media/file/rechtsgutachten-ernaehrungsarmut-ra_guenther-linke.pdf)). Diverse Krisen und Kriege setzen die landwirtschaftliche Produktion und die Versorgung mit Nahrungsmitteln unter Druck – auch in Deutschland. Aktuell verursachen höhere Preise für fossile Energie und Düngemittel aufgrund des Irankriegs höhere Kosten für landwirtschaftliche Betriebe. Agrarverbände warnen bereits vor Preisschocks im Supermarkt.

Zusätzlich zu akuten Krisen werden insbesondere die immer dramatischeren Folgen des Klimawandels die Erzeugung von Nahrungsmitteln global erschweren und verteuern: Zunehmende Extremwetterereignisse werden in vielen Weltregionen immer öfter zu Ernteausfällen führen (<https://sustainability.stanford.edu/news/climate-change-cuts-global-crop-yields-even-when-farmers-adapt>). Die Häufigkeit von gleichzeitigen Ernteausfällen in mehreren „Kornkammern“ der Welt wird steigen. Immer mehr Flächen werden gar nicht mehr für die Landwirtschaft nutzbar sein. Bei ungebremstem Klimawandel könnte ein Drittel der jetzigen Anbaugelände verloren gehen ([www.cell.com/one-earth/fulltext/S2590-3322\(21\)00236-0](http://www.cell.com/one-earth/fulltext/S2590-3322(21)00236-0)).

Die Tierhaltung ist sogar doppelt betroffen: Nicht nur gefährden Ernteausfälle und steigende Preise für Futtermittel eine verlässliche und adäquate Versorgung der Tiere und letztlich auch die Wirtschaftlichkeit. Die Erzeugung von Tierprodukten erfordert insgesamt im Schnitt deutlich mehr Land, Ressourcen und Energie als die Erzeugung vergleichbarer pflanzlicher Nahrungsmittel (<https://zenodo.org/records/7038961>). Daneben wird durch Klimaeffekte die Produktivität der Tierhaltung zurückgehen, weil Tiere bei Wetterextremen sterben, wegen Hitzestress weniger Leistung bringen und vermehrt von neuen Krankheiten befallen werden ([www.ciwf.org.uk/news/climate-doom-loop-factory-farming-s-till-on-animals-farmers-food-security/](http://www.ciwf.org.uk/news/climate-doom-loop-factory-farming-s-till-on-animals-farmers-food-security/), <https://climate.uchicago.edu/insights/adaptation-only-partially-offsets-dairy-losses-from-extreme-heat/>, [www.landwirtschaft](http://www.landwirtschaft)

haft.de/umwelt/klimawandel/auswirkungen-auf-die-landwirtschaft/klimawandel-und-tierhaltung-folgen-risiken-und-anpassung). Anpassungsmaßnahmen wie Ventilatoren und Kühlungssysteme verursachen wiederum Kosten. Diese Probleme werden sich je nach Treibhausgasemissions- bzw. Temperaturszenarien in naher Zukunft deutlich verschärfen. Vor diesem Hintergrund gehen einige Wissenschaftler\*innen davon aus, dass die Tierindustrie bei fortschreitendem Klimawandel noch weniger wirtschaftlich tragfähig sein wird. (<https://klimareporter.de/erdsystem/ernaehrungswende-by-design-oder-by-disaster>). Schon jetzt wird diese schließlich mit 13 Mrd. Euro öffentlicher Gelder im Jahr bezuschusst ([www.spiegel.de/wirtschaft/tierwirtschaft-erhaelt-13-milliarden-euro-vom-staat-jahr-fuer-jahr-a-1dbac670-2cf4-4d09-b426-75a11c8e0569](http://www.spiegel.de/wirtschaft/tierwirtschaft-erhaelt-13-milliarden-euro-vom-staat-jahr-fuer-jahr-a-1dbac670-2cf4-4d09-b426-75a11c8e0569)).

Der Selbstversorgungsgrad steht nur bedingt für Unabhängigkeit, da dabei Vorleistungen wie importierte Energie, Dünger und Futtermittel nicht einbezogen sind – die besonders für die umfangreiche Tierindustrie benötigt werden (<https://klimareporter.de/landwirtschaft/das-duenger-maerchen>). Obst und Gemüse kommen häufig aus besonders vom Klimawandel betroffenen Gebieten importiert wie z. B. Südsanien. Ein zentraler Hebel für mehr Ernährungssicherheit liegt in der Umstellung der Ernährungs- und Produktionsweisen auf eine stärker pflanzenbasierte Ernährung. Dadurch können auf derselben Fläche mehr Menschen versorgt werden. Der Verbrauch an importiertem Dünger und importierten Eiweißfuttermitteln würde sinken, der reale Selbstversorgungsgrad steigen (<https://zenodo.org/records/7038961>, [https://greenwire.greenpeace.de/studie\\_gesund\\_essen\\_f%C3%9C3\\_ProzentBcrs\\_klima](https://greenwire.greenpeace.de/studie_gesund_essen_f%C3%9C3_ProzentBcrs_klima), [www.agora-agrar.de/aktuelles/strategische-autonomie-wie-deutschland-langfristige-ernaehrungssicherheit-und-eine-starke-biooekonomie-foerdern-kann](http://www.agora-agrar.de/aktuelles/strategische-autonomie-wie-deutschland-langfristige-ernaehrungssicherheit-und-eine-starke-biooekonomie-foerdern-kann)).

Das Klimaschutzprogramm 2026 verweist auf das enorme Einsparungspotential von Emissionen bei einer Ausweitung pflanzlicher Ernährung, allerdings ohne konkrete Maßnahmen zu nennen. Sowohl für die Konsum- als auch die Produktionsseite gibt es eine Reihe an wissenschaftlich fundierten Empfehlungen ([www.bmlh.de/SharedDocs/Archiv/Downloads/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf](http://www.bmlh.de/SharedDocs/Archiv/Downloads/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf), [www.bmlh.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiratskommission/alternativprodukte-tierische-lebensmittel.html](http://www.bmlh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiratskommission/alternativprodukte-tierische-lebensmittel.html), [www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/479/publikationen/uba\\_bis\\_2040\\_treibhausgas\\_e\\_um\\_mindestens\\_90\\_prozent\\_mindern\\_0.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/479/publikationen/uba_bis_2040_treibhausgas_e_um_mindestens_90_prozent_mindern_0.pdf), <https://green-alliance.org.uk/wp-content/uploads/2024/01/Eine-neue-Flachendividende.pdf>). Die Empfehlungen miteinzubeziehen, würde bedeuten die Rahmenbedingungen, etwa in Bezug auf Ernährungsumgebungen wie Preise und Angebotsgestaltung bei den Konsument\*innen, gesetzliche Vorgaben, Anreize und Förderstrukturen bei den landwirtschaftlichen Betrieben zu ändern. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen zur Strategie der Bundesregierung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie begegnet die Bundesregierung der bereits bestehenden Verletzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung für Empfänger\*innen von zu niedrigen Regelsätzen des Bürgergeldes, das ab dem 1. Juli 2026 durch die neue „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ abgelöst wird?
2. Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem geschilderten Zusammenhang zwischen Ernährungssicherheit und tier- bzw. pflanzenbasierten Ernährungs- und Produktionsweisen?
3. Wie schätzt die Bundesregierung auf Basis der genannten Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnisse die Risiken für die Ernährungssicherheit in Deutschland ein, insbesondere in Bezug auf gesundheitsfördernde Ernährung (e.g. Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte, Nüsse, Saaten)?

4. Was plant die Regierung, um den wissenschaftlichen Kenntnisstand zu Risiken für die Ernährungssicherung zu erhöhen?
5. Welche wirksamen Maßnahmen können nach Kenntnis der Bundesregierung ergriffen werden und welche plant sie zu ergreifen, um die Ernährungssicherheit für akute Krisen zu stärken und für welche Maßnahmen setzt sie sich auf EU-Ebene ein?
6. Welche wirksamen Maßnahmen können nach Kenntnis der Bundesregierung ergriffen werden und welche plant sie zu ergreifen, um die Ernährungssicherheit mittelfristig im Hinblick auf Klimawandeleffekte und Bodendegradation zu stärken und für welche Maßnahmen setzt sie sich auf EU-Ebene ein?
7. In welchem Ausmaß plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen, Tierhaltungsbetriebe staatlich zu subventionieren, welche Kriterien für Förderungen legt sie an, insbesondere im Fall von Schäden durch Klimawandel oder Lieferengpässen aus Steuergeldern zu entschädigen, wie es u. a. im Dürrejahr 2018 geschehen ist, und wie plant die Bundesregierung mit solchen Ereignissen in Zukunft umzugehen?
8. Plant die Bundesregierung, das Potenzial für eine erhöhte Krisenresilienz und Ernährungssicherheit durch einen Wandel von Produktion und Konsum hin zu stärker pflanzenbasierten Ernährungsweisen zu nutzen – sowohl für akute Krisen als auch im Hinblick auf mittelfristige Entwicklungen, und wenn nein, warum nicht?
9. Welche Maßnahmen sind genau geplant, um die im Klimaschutzprogramm 2026 verankerte Ziele, die Rahmenbedingungen für den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen zu stärken, alternative Proteinquellen zu fördern und Hemmnisse für eine stärkere Marktdurchdringung pflanzlicher Proteine zu identifizieren und abzubauen, womit bis 2040 jährlich über 8 Mio. Tonnen Treibhausgasemissionen eingespart werden sollen, zu erreichen?
10. Für welche Maßnahmen setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene ein, um die in Frage 9 genannten nationalen Maßnahmen zu ergänzen?
11. Welche weiteren Maßnahmen ergreift die Bundesregierung oder plant sie zu ergreifen, um die Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel zu fördern?
  - a) Welche messbaren Ziele verfolgt sie dabei?
  - b) Für welche Maßnahmen setzt sie sich auf EU-Ebene ein?
12. Welche weiteren Maßnahmen ergreift die Bundesregierung oder plant sie zu ergreifen, um die Reduktion der Tierhaltung zu fördern?
  - a) Welche messbaren Ziele verfolgt sie dabei?
  - b) Für welche Maßnahmen setzt sie sich auf EU-Ebene ein?

Berlin, den 16. Juni 2026

**Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*